Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Richtigkeit einzelnster Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme gutwillig: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Halle, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 8 Uhr, & Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Für Silber fehlen 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 20. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Dunstig, zeitweise heiter, strenger Frost. **Dresden, Dienstag, 20. Januar.**

Politisches.

Direkt an die Adresse Gambetta's war der so vortreffliche Artikel gerichtet, den vor wenigen Tagen die „Nordd. Allg. Ztg." über das Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich veröffentlichte. Von dem weisen Vordersatze ausgehend, „daß für die Freundschaft großer und ehrliebender Völker Nichts schädlicher sei, als der Glaube, daß die inneren Angelegenheiten des Einen von der Regierung des Anderen beeinflußt würden", führte jenes „freiwillig-gouvernementale" Berliner Blatt aus, daß von uns die französische Republik keine Störung ihrer inneren Entwickelung zu besorgen habe. Fürst Bismarck erwartet nun umsomehr seitens der französischen Republik dankbare Anerkennung dieser Haltung, als er, wie jenes Blatt einfließen läßt, bereits früher einmal aus freiem Entschlusse sich geweigert habe, einzelnen französischen Parteien seine hilfreiche Hand zur Wiederherstellung der Monarchie zu bieten. Eine solche Lockung sei an den deutschen Reichskanzler seitens des antirepublikanischen Cabinets des Marschall Mac Mahon herangetreten, also der sogenannten Männer des 16. Mai. Damals war der Herzog von Broglie Ministerpräsident, der Herzog Decazes Minister des Aeußeren, der Marquis von Gontaut französischer Botschafter in Berlin. Diese Enthüllung des Berliner Blattes hat natürlich in Frankreich großes Erstaunen hervorgerufen; das Blatt der so angegriffenen Minister, der „Moniteur", fordert die „Norddeutsche" auf, ein Dokument oder eine ernste Thatsache zur Erhärtung ihrer Behauptung vorzubringen, daß die Männer vom 16. Mai die Unterstützung Deutschlands in der Richtung eines Staatsstreiches verlangt hätten. In wie weit Fürst Bismarck dieser im Ganzen nicht unbilligen Aufforderung nachzukommen sich bemüßigt finden wird, ist seinem Entschlusse zu überlassen; uns Deutsche interessirt an jenem Artikel zunächst, daß es dem Fürsten Bismarck zeitgemäß erschien, ein solches Wort an Gambetta zu richten. Es hat einen Doppelzweck: einestheils verurtheilt es die unpatriotischen Versuche der französischen Monarchisten, sich für ihren beabsichtigten Staatsstreich die Hülfe aus Berlin zu holen, sodann aber läßt es das Oberhaupt der Republikaner fühlen, daß ihr Heil mitbedingt sei durch den guten Willen Deutschlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Franzosen zu mischen. Gambetta, der soeben einen Denkzettel von seiner eigenen Partei erhielt, indem er nicht einmal die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt, sondern nur als Minderheitspräsident der Deputirtenkammer vorsitzt, bekommt einen Wink aus Berlin: die wohlwollende Neutralität Deutschlands gegenüber den inneren Fragen seines Landes nicht auf eine zu harte Probe zu stellen.

Es wird sich zeigen, Wem der Berliner Botschafterposten anvertraut wird. Der zunächst in Aussicht genommene Challemel-Lacour wurde von Fürst Bismarck abgelehnt als persona ingrata; auch trug der Ministerpräsident Freycinet Bedenken, diesen intimsten Freund Gambetta's auf den wichtigsten Botschafterposten Frankreichs zu entsenden, weil er besorgte, damit sich selbst seinen Amtsnachfolger groß zu ziehen, für den Fall, daß er sich einmal zum Rücktritt genöthigt sähe. Er soll vielmehr selbst an Gambetta die Anfrage gerichtet haben, ob er nicht nach Berlin gehen wolle? Obwohl die Berliner Luft als besonders geeignet erscheint, französische Staatsmänner regierungsfähig daheim zu machen, so hütet sich Gambetta wohlweislich, sich aus dem Centrum der französischen Politik zu entfernen. Das augenblickliche Interesse der Franzosen wird durch den Tod zweier vielgenannter Personen in Anspruch genommen: gleichzeitig starb der letzte Minister des Aeußeren unter Napoleon III., der Herzog von Gramont, derselbe unfähige Politiker, der seinem Kaiser den thörichten Rath ertheilte, an Deutschland den Krieg zu erklären, und der Advokat Jules Favre, bekannt durch seine scharfe Opposition gegen das Kaiserreich, noch bekannter durch seine klägliche Rolle als Friedensunterhändler, weit weniger bekannt als moralisch höchst verwerfliches Subjekt. Es ist ihm nachgewiesen worden, daß er Dokumente fälschte und beiseite brachte, um sich in den Besitz des Vermögens der Kinder seiner Frau aus deren erster Ehe zu setzen. Den Demokraten Millières, der alle diese Scheußlichkeiten an den Tag brachte, verfolgte er erbittert; bei dem Kampfe der Versailler gegen die Communarden ließ Jules Favre den in seine Hand gefallenen Millières erschießen, um den unbequemen Wisser seiner intimsten Geheimnisse für immer stumm zu machen. Die republikanische Partei wird hoffentlich bei der Beerdigung Jules Favres diese Nichtswürdigkeiten des Privatmannes nicht ignoriren. Die theatralischen Thränen, die Jules Favre in Ferrières vergoß, als ihm Bismarck die Nothwendigkeit von französischen Gebietsabtretungen auseinandersetzte, haben Ersterem viel Spott eingetragen; hoffentlich weint man nicht bei der Beerdigung des Elenden Krokodilsthränen.

Die Garnison von Pest ist durch mehrere Regimenter verstärkt worden. Obwohl sich die Ruhestörungen nicht wiederholten, behält man alle Vorsichtsmaßregeln bei. So besetzte man namentlich die Gasfabrik, da es hieß, die geheimen Leiter der Straßenkrawalle wollten durch deren Zerstörung ganz Pest in Finsterniß setzen. So wenig ein Zweifel darüber erlaubt ist, daß die europäische Revolutionspartei die Empörung des ungarischen Volkes über die Corruption in seinem Magnatenthum für ihre speziellen unheimlichen Zwecke zu mißbrauchen anfing, ebenso sicher scheint es, daß das Verhalten von Polizei und Militär die Aufregung unnöthigerweise gesteigert hat. Daß zwei Unschuldige durch das Militär erschossen wurden, hat die Untersuchung bereits ergeben. Neuerdings hört man, daß öfters bei kleinen oder auch gar keinen Anlässen Publikum oder Passanten von den Polizisten mit Rohrstöcken geschlagen oder von dem Militär mit Bayonnetstößen bedroht wurden. Die ergebensten Anhänger der Regierung behaupten, daß es der Regierung leicht geworden wäre, durch Ergreifung kluger Maßregeln den Tumulten die Spitze abzubrechen; statt dessen habe man das Publikum förmlich herausgefordert, es mißhandeln, auf die Menge feuern lassen und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, einen ernsteren Aufstand hervorzurufen, um durch die dadurch bedingte Erregung die Sünden der Regierungsmänner zu vertuschen. Das mag übertrieben sein, aber etwas Wahres steckt dahinter. Leider sorgen die höchsten Regierungsbeamten Ungarns fortgesetzt dafür, daß neue Skandale auftauchen. Soeben ist (siehe Tagesgesch.) der Schwiegersohn eines Ministers wegen Unterschlagungen von Waisengeldern flüchtig geworden. Es ist eben die eigentliche Ursache der Erbitterung, die dann in Tumulte ausartet in dem Mißtrauen der Bevölkerung zu suchen, welche überzeugt ist, daß die leitenden Kreise ihrem moralisch-rechtlichen Berufe nicht entsprechen. Hätte die Regierung an die Purifizirung der ihr nahestehenden Kreise gedacht und ohne Rücksicht auf die Personen alle zweifelhaften Elemente von sich gewiesen, so wäre der Glaube in der Bevölkerung, daß solche Vergehen von oben aus gedeckt werden, nicht aufgekommen. Die auf solche Anschauungen sich gründende Entrüstung ist ehrenvoll für die ungarische Nation, denn sie beweist, welch' starkes moralisches Gefühl in ihr wirkt und sich geltend zu machen sucht.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 19. Januar. Die Blätternachricht, der hiesige Botschafter Graf St. Vallier werde in nächster Zeit nach Paris gehen, um an den Senatssitzungen Theil zu nehmen, ist bestimmt dementirt und unbegründet. Graf St. Vallier beabsichtigt Berlin nicht zu verlassen, bevor die noch unentschiedene Frage über sein Verbleiben auf hiesigem Posten erledigt ist. Heute Abend findet bei ihm ein Diner zu Ehren des deutschen Botschafters in Paris, des Fürsten Hohenlohe, statt, welchem auch der Herzog von Ratibor, die Gesandten Graf Hatzfeld, Fürst Lobanoff und Oubril, der Minister v. Radowitz und Graf Herbert Bismarck beiwohnen.

Berlin, 19. Januar. Der „Reichs-Anzeiger" schreibt: Telegraphischer Meldung des Generalconsuls Zembsch aus Apia auf den Samoa-Inseln vom 29. Dec. 1879 zufolge, ist nach freundschaftlicher Vermittelung König Malietoa von ganz Samoa anerkannt. Damit hat der Streit zwischen beiden Regierungsparteien ihre Endschaft erreicht. Inmittelst wird das zwischen Deutschland, England und der amerikanischen Union erfolgte Uebereinkommen, den König Malietoa amtlich anzuerkennen und durch ihre Vertreter seine Regierung bei Herstellung eines geordneten Staatswesens zu unterstützen, wesentlich dazu beitragen, den Wiederausbruch von Ruhestörungen in dem Inselstaate zu verhüten.

Berlin, 19. Januar. (Abgeordnetenhaus). Erste Berathung der Vorlage betreffend Erwerb der Rheinischen und der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn. Gegenüber den Abgg. Rickerath und Richter, welche sich gegen die Vorlage äußerten, erklärte der Minister Maybach: durch das erste Verstaatlichungsgesetz von 4 Bahnen sei der Regierung die Richtung für die weitere Ausbildung des Staatsbahnsystems vorgezeichnet; in dieser Richtung reihe die jetzige Vorlage hinein. Die Berlin-Anhalter Bahn habe die ihr gemachte Offerte abgelehnt. Die Verhandlungen mit ihr seien darauf nicht fortgesetzt. Wenn man die Vorlegung eines Verstaatlichungsplanes verlange, um der Börsenspekulation einen Riegel vorzuschieben, so habe er persönlich lebhaften Widerwillen gegen die Ausschreitungen der Börse; er halte das früher gesagte Bezügliche aufrecht; er und der Finanzminister hätten sich über den ferneren Fortgang der Verstaatlichung geeinigt; er halte mit der jetzigen Vorlage den Rahmen abgeschlossen. Ehe die Regierung auf dem beschrittenen Wege weiter vorgehen wolle, man den Effekt der ersten Operation für die allgemeinen Staatsinteressen abwarten. Bezüglich der finanziellen Bedingungen der Verträge hoffe er, die Kommission und das Haus würden das Staatsinteresse vollkommen gewahrt finden. Der Minister widerlegt die hinsichtlich der Konvertirung vorgebrachten Bedenken und wiederholt, die Regierung werde sich nicht weiter drängen lassen, als dies die Früchte der gegenwärtigen Politik verlangen. Der Finanzminister widerlegt die vom Abg. Richter bezüglich der Gründung der deutschen Seehandelsgesellschaft und der Betheiligung der Seehandlung daran erhobenen Vorwürfe. Die preußische Regierung könne nicht die Aufgabe haben, den nationalen Intentionen des Reichskanzlers entgegen zu treten, sie habe dieselben zu fördern. Wie das Publikum darüber denke, zeige die stattgehabte Ueberzeichnung. Gerade auf der Samoa-Insel müßten die deutschen Interessen durch deutsche Kräfte und Mittel gehalten werden. Selbstverständlich sei für das Samoa-Unternehmen die Genehmigung des Reichstags vorbehalten. Das Haus überwies schließlich die Vorlage der Eisenbahnkommission.

Locales und Sächsisches.

— Se. Majestät **der König** nahm gestern Vormittag die Meldungen einiger Offiziere, sowie die Vorträge der Herren Staatsminister ꝛc. entgegen.

— Heute Nachmittag 5 Uhr findet zu Ehren der hier weilenden hohen Gäste vom Weimarischen Hofe in der zweiten Etage des königlichen Schlosses große, aus 60 Couverts bestehende **Familientafel**, bei welcher die Kapelle des kgl. Hoftheaters spielen wird, statt. Auch wird sich auf Befehl Sr. Maj. des Königs bei dieser Gelegenheit der kleine Violinvirtuos Dengremont produziren.

— Die königliche und die prinzlich Georg'sche Familie beehrte gestern Abend in Begleitung des hohen **fürstlichen Besuchs** aus **Weimar** das von dem Herrn Kriegsminister **von Fabrice** gegebene Ballfest. Die Weimarischen Herrschaften werden noch an dem Kammerball nächste Mittwoch im königl. Schlosse sich betheiligen und am Donnerstag ihre hohen Verwandten und die sächsische Königsstadt wieder verlassen.

— J. Maj. die **Königin**, in Begleitung J. K. Hoh. der Frau Erbprinzessin von Weimar, beehrte gestern Nachmittag das kgl. Kunstgewerbemuseum mit einem längeren Besuche.

— Der Vorstand des Hauptsteueramtes Dresden, Obersteuer-Inspektor Schubarth Engelschall, hat den Titel und Rang eines Oberstrathes, der Stadtrath Röder zu Glauchau das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienst-Ordens, der Prokurist Otto Staudinger in Leipzig das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden und der Bildhauer Hultzsch hier das Großherzoglich Mecklenburg-Schwerin'sche Verdienstkreuz vom Hausorden der Wendischen Krone erhalten.

— **Landtag.** Gestern hielten beide Kammern kurze Sitzungen ab. Die **erste Kammer** beschloß, dem Landtagsausschusse zur Verwaltung der **Staatsschulden** rücksichtlich der von demselben über diese Verwaltung auf die Jahre 1876 und 1877 abgelegten Rechnungen gewöhnliche Justifikationen zu ertheilen. Der Referent **Welz**, theilte hierüber u. A. mit, daß die Gesammtsumme der sächsischen Staatsschulden Ende 1879 ca. 679 Millionen betrug. Im Budget 1880/81 sind jährlich für Tilgung und Verzinsung der Staatsschulden über 30 Millionen eingestellt, während die ganzen Ausgaben des Staates nur 63,856,000 Mk. betragen. Also ziemlich die Hälfte dessen, was der Staat Sachsen überhaupt ausgiebt, geht für Verzinsung und Tilgung der Schulden hin. Wir könnten nun wohl genug davon haben, meinte Bürgermeister **Löhr**. — Die **zweite Kammer** bewilligte noch nachträglich auf die Jahre 1878 und 1879 66,000 M. jährlich zur Unterstützung der **Landarmen**. Aber selbst mit dieser Nachbewilligung reicht, wie Staatsminister v. **Nostitz-Wallwitz** mittheilte, die ursprünglich eingestellte Summe nicht aus. Zum Glück hat es in anderen Zweigen der Verwaltung Ersparnisse gegeben. Abg. **Ackermann** kündigte einen Antrag über das Landarmenwesen an. Ferner überwies die Kammer eine Petition des Rittergutsbesitzers Zimmermann zu Zettwitz um nachträgliche Bewilligung eines Schadenersatzes aus der **Landesbrandkasse** der Regierung zur Berücksichtigung, während sie eine Petition Müllers u. Gen. in Dresden auf Einstellung sämmtlicher wegen **Winkelschriftstellerei** noch anhängiger Strafprozesse und Strafloslassung der Anfertigung von Rechtsmitteln, Einwendungen und Begründungen in Subhastations- und Protestationssachen durch Nichtanwälte auf sich beruhen ließ. Referenten waren die Abgg. von Oehlschlägel, Käuffer und Uhle-Plauen.

— Aus Hainichen ist eine Petition von einigen 60 kleingewerbtreibenden **Flanellwebern** um Herabsetzung der Steuer für den Hausirschein mit selbstgefertigten Waaren an den Landtag gelangt. Die meisten dieser Leute arbeiten mit nur einem Stuhle und müssen dann ihre Waaren hausirend verkaufen.

— Unsere kleine sächsische **Eisenbahnverwaltung** hat von jeher als eine musterhafte gegolten. Als der Sohn Carl Maria v. Webers, M. M. v. Weber, noch Staatsbahn-Direktor in Dresden war, hatte sich hier eine Art kleiner Akademie für fremde Eisenbahnmänner gebildet, die zum Studium des deutschen Eisenbahnbetriebes hierher gekommen waren. So machte der jetzige franz. Minister der öffentlichen Arbeiten, Ingenieur **G. Barroy**, seine ersten Studien der deutschen Eisenbahnen in Dresden. Der junge, geistvolle, universell gebildete Ingenieur zeigte schon damals ungewöhnliche Fähigkeiten. Unter vielen Anderen, die hier ihren Studien obgelegen, sei noch der jetzige norwegische Minister Segelke genannt.

— Die **Poliklinik für Augenkranke** im Lokale der öffentlichen Polikliniken, am Zeughausplatz 3, wird von Jahr zu Jahr stärker besucht. Es fanden hier voriges Jahr 1434 Personen aus Dresden und den benachbarten Ortschaften ärztliche Untersuchung und Behandlung bei Augenleiden (723 mehr als 1878); und zwar wurden ihnen insgesammt an 155 Ordinationstagen 5275 ärztliche Ordinationen ertheilt, d. i. im Durchschnitt je 34; die höchste Zahl der an einem einzelnen Tage abgefertigten Augenkranken betrug 73. Wenn Kranke nothwendig verpflegt werden mußten, sei es zum Zweck einer größeren Operation, oder bei mangelhafter häuslicher Pflege, oder wegen allzugroßer Entfernung ihres Wohnsitzes bei schwerer Krankheit, so erhielten sie Pflege in der Privatheilanstalt des behandelnden Augenarztes Dr. Georg Hänel. Der Verpflegungsaufwand wurde durch thunliche Abkürzung der Verpflegungsdauer möglichst eingeschränkt, es trugen ihn zumeist die Kranken selbst oder deren heimatbliche Gemeinden, zum kleineren Theil deckte ihn der Ertrag einer Almosenbüchse der Poliklinik. Die ärztliche Behandlung ist unentgeltlich; zahlreiche Brillen konnten durch die Hilfe des Augenkranken-Hellvereins gewährt werden. Die Poliklinik ist Montags, Donnerstags und Sonnabends des Nachmittags um 2 Uhr, der leitende Arzt ist Dr. G. Hänel. Es möge an dieser Stelle nochmals besonders auf die eiternde Augenentzündung der neugeborenen Kinder hingewiesen werden, eine Krankheit, der leider noch viel zu viel zarte Kinderaugen erliegen. Sind doch nahezu die Hälfte der Zöglinge aller Blindenanstalten die Opfer dieses Uebels. Leider leihen noch viele Mütter und Kinderpflegerinnen dem schlimmen Rathe Unerfahrener ein williges Ohr und begnügen sich damit, die dick geschwollenen und gerötheten kleinen Augen vom Eiter zu reinigen, oder auch mit kalten Umschlägen zu bedecken, oder mit allerlei Thee und Augenwasser zu behandeln. Manches entzündete Säuglingsauge mag dabei heilen, manches leidet durch Vereiterung der Hornhaut binnen wenig Tagen für immer Schaden an seiner Sehkraft. Sichere und zuverlässige Heilung ist nur dann zu erwarten, wenn ein sachverständiger Arzt mit eigener geübter, zarter Hand die nothwendigen Medicamente auf die kranke Schleimhaut der Augen applicirt. Der tägliche Transport der Kinder zum Arzte wird dann durch rasche Heilung belohnt und schadet den Kleinen auch in der Winterluft nichts, wenn sie gegen die Kälte gut verwahrt sind.

— Für die **Herren Gastwirthe** dürfte der Ausgang eines Prozesses, welcher in letzter Instanz dieser Tage vor dem Deutschen Reichsgericht in Leipzig stattfand, von großem Interesse sein. Dem Kläger war Gepäck aus einem Hotelwagen abhanden gekommen und der Wirth sollte ihm für den Schaden aufkommen. Der Kläger wurde allerdings abgewiesen, aber nur wegen Mangels an Vorsicht seinerseits, und deshalb möge sich auch das reisende Publikum diesen Fall zur Warnung dienen lassen. In den Entscheidungsgründen des Erkenntnisses heißt es u. A.: Es ist anzunehmen, „daß, wenn ein Gastwirth einen Wagen zu den ankommenden Bahnzügen absendet, hierin eine Aufforderung an die Reisenden liege, in seinem Gasthause Unterkommen zu nehmen und zu diesem Behufe sich des Wagens für ihre Person und ihr Gepäck zu bedienen. Ist dem so, so müssen diejenigen Personen, denen der Gastwirth die Führung des Wagens überläßt, als von ihm beauftragt gelten, das Gepäck der Reisenden zu übernehmen; und daß eine den Wirth verpflichtende Uebernahme des Gepäcks erfolgt sei, läßt sich zum Mindesten dann nicht bezweifeln, wenn der Reisende dasselbe mit dem Bemerken, daß er in dem betreffenden Gasthof absteigen wolle, dem Führer des Wagens übergeben und Dieser es ohne Widerspruch angenommen hat" und weiterhin: Ist hiernach anzunehmen, daß eine Ausnahme der angeblich entwendeten Gegenstände, wie solche vom Gesetz für die Haftbarkeit des Wirths bezüglich der von ihm aufgenommenen Gegenstände vorausgesetzt wird, erfolgt sei, so ist gleichwohl insoweit, als Ersatz von entwendetem Geld und geldeswerthen Papieren verlangt wird, die Klage und zwar deshalb abzuweisen, weil der Kläger diesen Verlust durch unvorsichtiges Benehmen mit verschuldet hat. Eine Unvorsichtigkeit ist nämlich darin zu erblicken, daß der Kläger die fragliche Handtasche, ohne dem Kutscher zu sagen, daß dieselbe eine größere Summe Geldes enthalte, in den Omnibus bringen ließ.

In dem von den Erbgroßherzoglich Sachsen-Weimarischen Herrschaften bewohnten Quartier im hiesigen Königl. Residenzschloß entstand am Sonntag Nachmittag in der 3. Stunde ein kleiner Dielenbrand, welcher unter dem Kamin ausgekommen war, und der, wenn er des Nachts, wo sich Alles der Ruhe hingegeben, entstand, sehr leicht bedenkliche Dimensionen annehmen konnte; derselbe wurde jedoch bald bemerkt und erdrückt.